

- ☐☐ **Hartz IV**

In der vergangenen Woche wurden mehrere zeitgleich auftretende Fälle bekannt, wo Jobcenter schwangeren Frauen die Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes vollständig gestrichen hatten. Vorwand waren stets sogenannte "Ein-Euro-Jobs", welche die betroffenen Schwangeren antreten sollten, dies aber aufgrund ihrer körperlichen Verfassung selbstredend nicht konnten.

Nach Angaben von Sozialverbänden häufen sich Beschwerden von jungen Schwangeren, wonach es den Mitarbeitern in Jobcentern an der notwendigen Sensibilität und dem Respekt gegenüber werdenden Müttern mangle. Anträge werden zum Teil unvollständig oder viel zu spät bearbeitet. Auch wiesen Mitarbeiter mangelhaftes rechtliches Fachwissen auf.

Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen der von der "Mutter-Kind-Stiftung" in NRW in Auftrag

gegebenen Befragung an Schwangeren und ihren Erfahrungen mit den Jobcentern. Von rund 14.000 Fällen, in denen im ersten Quartal 2010 bedürftige schwangere Frauen Kontakte mit den Sozialeinrichtungen hatten, mussten in knapp 5600 Fällen Beratungsstellen intervenieren, damit die Frauen die ihnen rechtlich zustehenden Hilfen erhielten - oder überhaupt davon erfuhren.

Am Montagabend trafen sich die Mitglieder des Vermittlungsausschusses von Bund und Ländern erneut in Berlin zu Verhandlungen über die Hartz IV-Reform. Strittig sind besonders die Themen Regelsätze, Bildungspaket sowie Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche. Die Linke nahm an den neuerlichen Gesprächen nicht teil.

Offenbar störe man "zu sehr beim trauten Kungeln der Hartz-IV-Parteien", reagierte die parlamentarische Geschäftsführerin der Linke, Dagmar Enkelmann auf die erneute Nichteinladung

der Linke. An den letzten Gesprächen hatte die Partei erst nach einer einstweiligen Verfügung beim Bundesverfassungsgericht teilnehmen können.

In einem [Positionspapier](#) fordert die Fraktion die Festsetzung vorläufiger Regelsätze, sowie parallel dazu die Einrichtung einer Expertenkommission. Diese soll den angemessenen Bedarf von Hilfebedürftigen unabhängig von partei- und haushaltspolitischen Erwägungen ermitteln. In der Nacht sind die Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition über das neue Hartz IV-Gesetz erwartungsgemäß ohne Ergebnis vertagt worden.

Besonders beim Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche als auch bei der Höhe des Regelsatzes gebe es nach Medienangaben kaum Bewegung. "Dank des Drucks von links hat sich zumindest bei SPD und Grünen ein wenig schlechtes Gewissen eingestellt", so Enkelmann im Vorfeld der Verhandlungen. "Beide Parteien reden

nunmehr davon, dass die Regierung nicht nur bei Mindestlohn und Bildungspaket, sondern auch beim Regelsatz nachbessern müsse.

Passend dazu hat die Regierung zwar unaufgefordert, aber rechtzeitig vor dem Spitzengespräch weitere Sonderauswertungen vorgelegt. Diese laufen nach den vorliegenden Informationen darauf hinaus, den Regelsatz über die bisher angebotenen 5 Euro hinaus um weitere 6 beziehungsweise 12 Euro zu erhöhen. Dies ergibt zwar bei weitem noch keinen verfassungskonformen Regelsatz, offensichtlich aber sollen damit SPD und Grüne geködert werden." Die nächste Verhandlungsrunde des Vermittlungsausschusses soll am sechsten Februar stattfinden.

-   **Bürgerbegehrens-Reform in Berlin**

Zur Reform des Bezirksverwaltungsgesetzes in Berlin werden am heutigen Montag im Innenausschuss und am kommenden Donnerstag (27. Januar) im Abgeordnetenhaus Gesetzentwürfe der Regierungskoalition und der Fraktion der Grünen abgestimmt. Die Reform des Gesetzes beinhaltet auch Änderungen bei den Regelungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.

"Der rot-rote Entwurf wäre unterm Strich ein kleiner Fortschritt für die direkte Demokratie in den Berliner Bezirken. Die wirklich wichtigen Fragen bleiben jedoch unberührt. Bürgerentscheide werden weiterhin nur

sehr eingeschränkt rechtlich verbindlich sein. Das bedauern wir", sagt Michael Efler, Vorstandssprecher des Vereins Mehr Demokratie. Der Gesetzentwurf der Grünen sehe dagegen eine erhöhte Verbindlichkeit von Bürgerentscheiden vor.

Keiner der neun Bürgerentscheide, die bisher in Berlin stattgefunden haben, war in vollem Umfang rechtsverbindlich. Mehr Demokratie hatte mit einem Aufruf und einer Unterschriftensammlung die Einführung verbindlicher Bürgerentscheide gefordert. Zudem setzte der Verein sich für eine Abschaffung des Abstimmungsquorums beim Bürgerentscheid ein. Nach dem rot-roten Entwurf soll das bestehende

15-prozentige Beteiligungsquorum nun in ein zehnprozentiges Zustimmungsquorum umgewandelt werden.

Bei einem Bürgerentscheid müssten demnach nicht mehr 15 Prozent aller Wahlberechtigten eines Bezirkes teilnehmen, damit er gültig ist, sondern zehn Prozent zustimmen. "Die Ummünzung des Quorums würde sich positiv auf die Praxis auswirken. Bisher sind vier der neun Bürgerentscheide am 15-prozentigen Beteiligungsquorum gescheitert. Bei einem zehnprozentigen Zustimmungsquorum wären es nur zwei gewesen", so Efler.

Positiv bewertet Mehr Demokratie
zudem den im rot-roten Entwurf
geplanten Ausbau der Beratung für
Bürgerbegehren. Künftig können sich
Initiatoren durch das Bezirksamt über
die rechtliche Verbindlichkeit des
Bürgerentscheids aufklären lassen.
Auch den Wählern soll diese
Information durch die
Abstimmungsunterlagen zugänglich
gemacht werden. Zudem sieht der
Gesetzesentwurf vor, eine
Spendentransparenz-Regelung für
Bürgerbegehren einzuführen.
Demnach sollen Spenden ab 5.000
Euro offengelegt werden. Dies hatte

auch Mehr Demokratie gefordert.

Kritisch beurteilt Mehr Demokratie die von Rot-Rot geplante Abschaffung der Stichfrage beim Bürgerentscheid. Demnach wird bei konkurrierenden Vorlagen künftig nicht mehr die Stichfrage über Sieg oder Niederlage entscheiden. Das sogenannte "doppelte Ja" bleibt jedoch erhalten. Es ermöglicht den Abstimmenden, beiden Vorlagen zuzustimmen. "Das kann dann sinnvoll sein, wenn beide Reformvorschläge besser sind, als der Status quo. Zudem verhindert das 'doppelte Ja' eine Aufspaltung der

Ja-Stimmen auf zwei Vorlagen, die das Erreichen des Zustimmungsquorums enorm erschweren kann", so Efler.

- **Wald- und Jagdpolitik**

Zu Beginn der Internationalen Grünen Woche in Berlin fordern die fünf großen Umweltverbände DNR, BUND, Greenpeace, NABU und WWF eine Neuausrichtung der Wald- und Jagdpolitik in Deutschland. Ausgerechnet im Internationalen Jahr der Wälder 2011 drohe Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner den Wald zum reinen Rohstofflager zu degradieren, so der Tenor der Verbände. Die Kritik bezieht sich auf Aigners

Entwurf der sogenannten "Waldstrategie 2020", die in diesem Jahr von der Bundesregierung beschlossen werden soll.

Der vorliegende Entwurf zur Waldstrategie sei auf maximale Holzerzeugung ausgelegt, so WWF-Vorstand Eberhard Brandes. Das Bundeslandwirtschaftsministerium habe es versäumt, wichtige übergeordnete Themen wie den

Buchenwaldschutz in den
Strategieentwurf zu integrieren.
Aigner missachte die besondere
Verantwortung Deutschlands für
die Buchenwälder und ignoriere
den vom Bundestag
einvernehmlich gefassten
Beschluss, bis 2020 fünf Prozent
der Waldfläche einer natürlichen
Entwicklung zu überlassen, so
der BUND-Vorsitzende Hubert
Weiger.

Ein weiteres Problem seien die

schon seit Jahrzehnten
schwelenden Konflikte zwischen
Jägern, Naturschützern und
Förstern. Aigner scheue die
Konfrontation mit den Jägern und
dulde damit die ökologische
Verarmung der Wälder durch zu
hohen Wildverbiss, so
NABU-Präsident Olaf Tschimpke.
Die Folge sei ein
volkswirtschaftlicher Schaden in
Millionenhöhe. Nur durch eine
umfassende Reform der
Jagdgesetze könne man diese
Konflikte lösen.

Greenpeace-Geschäftsführerin Brigitte Behrens kritisierte die Pläne der Bundesregierung, den Holzeinschlag in den nächsten zehn Jahren erheblich auszuweiten. "Frau Aigner spricht von Klimaschutz, opfert aber gleichzeitig den wichtigen CO2-Speicher Wald dem Energie- und Rohstoffhunger der Industrie", sagte Behrens. Das Konzept der Nachhaltigkeit in der Forstwirtschaft werde damit mit Füßen getreten.

"Mit ihrem Entwurf zur Waldstrategie 2020 ist Frau Aigner auf dem völlig falschen Weg. Wir fordern sie auf, den Entwurf umfassend zu überarbeiten oder komplett zurückzuziehen", fasste DNR-Präsident Hubert Weinzierl die Kritik der Verbände zusammen. Dazu brauche es einen transparenten Prozess, an dem alle Akteure beteiligt seien. Alles andere könne nicht zu einem zufriedenstellenden Ergebnis führen.

- □ □ **Israelische Siedlungspolitik**

Aus vertraulichen Berichten der palästinensischen Autonomiebehörde geht hervor, dass sich die palästinensischen Verhandlungsführer im Geheimen dazu bereit erklärten, mit einer Ausnahme

alle israelischen Siedlungen
in Ost-Jerusalem als
israelisches Territorium
anzuerkennen. Dies berichtet
der Freitag

.

Die Unterlagen, welche die
israelisch-palästinensisch-am
erikanischen
Friedensverhandlungen des
zurückliegenden Jahrzehnts

dokumentieren, seien
zunächst dem arabischen
Fernsehsender *Al-Dschasira*
zugespielt und von diesem an
den
Guardian
weitergegeben worden. Die
aus diesen hervor gehende
Absicht der palästinensischen
Verhandlungsführer aus dem
Jahr 2008, Israel nahezu alle
Siedlungen in Ostjerusalem
zuzugestehen, ist bis dato
nicht an die Öffentlichkeit

gelangt.

Den Dokumenten zufolge kooperierten die israelischen Sicherheitskräfte somit weit mehr mit der palästinensischen Autonomiebehörde, als dies bislang bekannt ist. Berichtet werde auch von der Beteiligung britischer Geheimdienste beim Entwurf

eines geheimen Szenariums zur Zerschlagung der Hamas. Zudem sollen Politiker der Autonomiebehörde von den israelischen Angriffen auf den Gaza-Streifen in den Jahren 2008 und 2009 informiert gewesen sein.

Aus demselben Zeitraum stammten die Angebote der palästinensischen Führung,

alle israelischen Siedlungen in Ost-Jerusalem bis auf eine Ausnahme anzuerkennen. Die israelischen Verhandlungsführer hätten das Angebot dennoch abgelehnt. Die späteren Bemühungen der Obama-Regierung, die Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen, sollen letztlich an der Weigerung Israels, den Siedlungsbau über zehn Monate hinaus zu

stoppen, gescheitert sein.

Nach internationalem Recht sind alle Siedlungen, die Israel nach 1967 in den besetzten Gebieten gebaut hat, illegal. Dennoch versuche Israel seitdem, die größten Siedlungen durch ein Friedensabkommen israelischem Staatsgebiet zuzuschlagen. Das

palästinensische
Zugeständnis hatte Israel
abgelehnt, weil dabei nicht
ausnahmslos alle israelischen
Forderungen erfüllt worden
seien. Auch mehrere tiefer in
der Westbank gelegene
Siedlungen seien in den
palästinensischen
Konzessionen nicht enthalten
gewesen.

Die Verhandlungsprotokolle offenbaren auch das unbeugsame Selbstbewusstsein der israelischen Unterhändler und die oftmals abschätzige Haltung beteiligter US-Politiker gegenüber den Palästinensern. Der palästinensische Chefunterhändler Saeb Erekat bezeichne die Dokumente inzwischen als "Lügen und Halbwahrheiten".

Viele Teile der Dokumente seien fingiert, um die Palästinenser gegen ihre Führung aufzuhetzen. Die frühere palästinensische Unterhändlerin Diana Buttu habe Erekat wegen der Enthüllungen zum Rücktritt aufgerufen.

Geschrieben von: Baraka

Dienstag, den 25. Januar 2011 um 00:12 Uhr

- □ □ **Der israelische**
Völkermord

Geschrieben von: Baraka

Dienstag, den 25. Januar 2011 um 00:12 Uhr

{jcomments on}